

## **Antrag**

**der Abgeordneten Krzysztof Walczak, Dirk Nockemann, Dr. Alexander Wolf,  
Thomas Reich, Marco Schulz (AfD) und Fraktion**

**zu Drs. 22/9009**

**Betr.: Untersuchungsauftrag des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses „Cum-Ex-Steuergeldaffäre“ erweitern: Parteispenden aus dem Umfeld der Warburg-Bank an SPD, CDU und FDP unter die Lupe nehmen (II)**

Die Fraktionen der CDU und LINKEN sowie die fraktionslose Abgeordnete von Treuenfels-Frowein streben mit dem Antrag auf Drs. 22/9009 eine Ergänzung des Untersuchungsauftrages des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses „Cum-Ex-Steuergeldaffäre“ an. Bemerkenswert ist dabei nicht nur, dass die CDU sich erneut über ihren Parteitagsbeschluss hinwegsetzt, der eine Zusammenarbeit mit der LINKEN ausschließt. Auch der angestrebte Umfang der Ergänzung ist unzureichend.

So wird zwar von den Antragstellern gefordert, den Untersuchungsauftrag um die Cum-Ex-Geschäfte der HSH Nordbank zu erweitern. Doch die von der Bank M.M.Warburg und ihrem Umfeld ausgekehrten Parteispenden, welche zwischen 2014 und 2017 an verschiedene Gliederungen von SPD, CDU und FDP gingen, werden mit diesem Erweiterungsantrag wieder einmal nicht adressiert. Die AfD forderte bereits bei der (verspäteten) Einsetzung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, die Parteispenden in den Blick zu nehmen (Drs. 22/1917); doch dieser Antrag wurde damals von den anderen Fraktionen geschlossen abgelehnt.

Es handelt sich konkret um folgende Spenden:

1. 2017 erhielt die Hamburger SPD, nachdem die Steuerschuld in Höhe von 47 Millionen Euro verjährte, von der Warburg-Bank selbst sowie drei Beteiligungsgesellschaften eine Summe von insgesamt 45.500 Euro. Allein 38.000 Euro kamen hierbei dem SPD-Bezirksverband Hamburg-Mitte zugute, dessen langjähriger Vorsitzender Johannes Kahrs, ausgehend von der Berichterstattung über die Tagebücher des Ex-Aufsichtsratsvorsitzenden von Warburg, Christian Olearius, eine zentrale Rolle im politischen Lobby-Programm der Bank gegenüber den Spitzen der Hamburger Politik spielte. Kahrs hat sich 2020 übereilt und komplett aus der Politik zurückgezogen und ist auch öffentlich nicht mehr in Erscheinung getreten.
2. Die CDU erhielt 2016 von der Warburg-Beteiligungsgesellschaft VIGOR eine Parteispende in Höhe von 40.000 Euro.
3. 2014 erhielt, ebenfalls von VIGOR, die FDP eine Parteispende von 25.000 Euro.

Die CDU-Fraktion, welche den Erweiterungsantrag federführend vorgelegt hat, klammert also bewusst und erneut den Parteispendenkomplex aus und auch die fraktionslose Abgeordnete der FDP ist nicht gewillt, bei einer lückenlosen Aufklärung mitzuhelfen. In ihrem Antrag sprechen die Antragsteller davon, dass „ohne politische Einflussnahme (...) dieses Vorgehen nicht erklärbar“ sei. Um genau diesem Maßstab, nämlich der Aufklärung einer politischen Einflussnahme, gerecht zu werden, verlangen wir

erneut eine umfassende Aufklärung, welche auch die erwähnten Parteispenden in den Blick nimmt.

**Die Bürgerschaft möge beschließen:**

Der Untersuchungsauftrag des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses „Cum-Ex-Steuergeldaffäre“ wird um folgende Fragen erweitert:

„Welche Rolle spielten die Parteispenden, die von der Warburg-Bank oder aus dem Umfeld der Warburg-Bank von 2014 bis 2017 an die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) und die Freie Demokratische Partei (FDP) beziehungsweise an Gliederungen dieser Parteien geflossen sind? Wurden Hamburger Politikern von der Warburg-Bank im Zusammenhang mit einer Verjährung von Steuerrückforderungen bewusst oder unbewusst Parteispenden in Aussicht gestellt?“